

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Das Auer Tageblatt ist ein politisches, literarisches und wissenschaftliches Organ für das Erzgebirge. Es erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Der Preis beträgt 10 Pfennig pro Nummer. Ein Jahrgang kostet 3 Mark. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter entgegen.

Verantwortlich: Anton Auer, Verlag: Auer Verlag, Leipzig.

Telegraphische Anzeiger für das Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nummer: Amt Leipzig Nr. 1000.

Nr. 30

Donnerstag, den 5. Februar 1925

20. Jahrgang

### Frankreichs Garantieforderungen.

#### Locheurs Sonderpolitik.

London, 3. Febr. Die hiesigen politischen Kreise glauben, nachdem in offizieller Form ein Meinungsaustausch über Herriot's Sicherheits-Stelle erfolgt ist, Frankreichs Sicherheitsforderungen ziemlich genau umschreiben zu können. Diese Forderungen, die heute eine bemerkenswerte Bestätigung erfahren haben in Äußerungen des englischen Vertrauensmannes Herriot, des Werkes Berichtstatters des „Manchester Guardian“, lassen sich in die folgenden Punkte zusammenfassen:

1. Frankreich verlangt von England im Rahmen des Genfer Protokolls eine besondere Abmachung, die inhaltlich mit dem Pact von Cannes übereinstimmt.
2. Fällt den Fall, daß Frankreich seiner Pflicht gegenüber Polen oder den Staaten der kleinen Entente genügen müsse, werde England keine „wirklich vollkommene Neutralität“ ausüben und gestatten, daß Frankreich und Belgien „den Rhein als gemeinsame Operationsbasis“ benutzen dürften.
3. Frankreich verlangt auf jede Weise von England die Unterstützung französischer Missionen durch die englische Flotte.

Diese Punkte umfassen das eigentliche Sicherheitsprogramm des Kabinetts Herriot, das in dieser Frage seit der Reichsrevolution in Deutschland ausschließlich von Mollet beherrscht werde. In englischen Kreisen hätte man dieses Programm aber für ein Mindestprogramm.

Das sehr leicht Erweiterungen erfassen könne durch die parlamentarische Abhängigkeit Herriot's von Douceur. Douceur hat seinen englischen Freunden keinen Zweifel darüber gelassen, daß er weitergehende Ziele verfolgt. Douceur verlangt nicht nur eine dauernde und vollständige Entmilitarisierung der Rheinlande unter der Aufsicht der von einem Franzosen geleiteten Abrüstungskommission des Völkerbundes, sondern auch eine politische Autonomie für das Rheinland unter internationaler Garantie nach Muster des alten Neutralisierungsvertrages für Belgien.

Chamberlains Hinweis in seiner Rede in Birmingham, er werde sich für die Erfüllung des Friedensvertrages einsetzen, wird hier dahin kommentiert, daß England entschlossen sei, französischen Versuchen entgegenzutreten, die Verlängerung der Besetzung deutscher Gebiete zu anderen Zwecken als zur Durchsetzung der vollständigen Abrüstung zu gebrauchen, wenn Frankreich es ablehnen sollte, eine für England erträgliche Sicherheitsformel, die den besonderen englischen Interessen in Westeuropa Rechnung trägt, anzunehmen.

Luthers Verhandlungswillen anerkannt. Paris, 3. Febr. „Welt Journal“ betont in einem längeren Artikel den Verhandlungswillen des Kanzlers und kündigt aus Berlin die Unterbreitung deutscher Vorschläge bezüglich eines gegenseitigen Garantiepactes als unmittelbar bevorstehend an.

### Rubikredite und Arbeitsrecht im Reichstag.

Berlin, 3. Febr. Am Regierungstisch: Reichsminister Dr. Brauns. Das Ministerium wird in erster und zweiter Lesung angenommen. Darauf erhält außerhalb der Tagesordnung Abg. Gieseler (Kom.) das Wort. Er beantragt die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses von 18 Mitgliedern zur

Rückprüfung der Rubikredite. Da ein Fünftel der Mitglieder des Reichstages für einen solchen Antrag notwendig seien, könne seine Fraktion allein ihn nicht durchsetzen. Sie hoffe aber, daß auch andere Parteien dafür stimmen würden. Der Minister beantragt weiter, daß zu diesem Ausschuss 18 Arbeiter aus den Großbetrieben des Ruhrgebietes zugezogen werden. Die schuldbelasteten Regierungen sollen unter Aufsicht gestellt werden. Es handelt sich um die Reichsregierungen Stresemann, Cuno, Brüning, Brüning. Da es diesem Antrag auf dem Tisch des Hauses niederlegen in der Erwartung, daß sich diese Unterschriften finden. (Lachen und Hurufe bei den Sozialdemokraten)

Abg. Müller (Soz.) erklärt, daß seine Fraktion bereits einen Untersuchungsausschuss beantragt habe. Das soll geschehen, sobald die Beschlüsse vorliegen. Die kommunistischen Anträge lehnt der Redner ab. — Der sofortigen Behandlung der Anträge wird widersprochen. Damit sind sie zunächst erledigt. Das Wirtschaftsabkommen mit Litauen wird dem zuständigen Ausschuss überwiesen.

Haushalt des Reichsarbeitsministeriums. Die zweite Lesung des Reichshaushaltsplans beginnt beim Arbeitsministerium. Der Ausschuss legt dem Reichstag zahlreiche Entschlüsse vor. So verlangt er volle Gleichberechtigung Deutschlands innerhalb des internationalen Arbeitsamtes. Weiter fordert er die Befreiung der Arbeiter, sowie Sozialversicherungsbeiträge zum Schutze der bei den Banken beschäftigten Personen, ferner eine Erwerbslosenstatistik, den Ausbau des Statistik der Arbeitsverhältnisse. Weiter wird gefordert ein Hausgehilfengesetz, eine Denkschrift über Wohnungsnot und Wohnungsneubau, eine Denkschrift über die mögliche Siedlungswesen, ein Entwurf zum Ausbau der Reichsversicherungsordnung.

Abg. Dittmann (Soz.) fordert weiteren Ausbau der Sozialversicherung. Die Regierung habe das Recht der Reichstages mit Füssen getreten. Während den Arbeitern im Ruhrgebiet die Löhne gekürzt worden, habe man die Großindustriellen unterstützt. Gewerkschafts- und Arbeitnehmervertreter müßten als Sachverständige zur Beurteilung der Wirtschaftslage herangezogen werden. Der Redner beurteilt die Politik des Arbeitsministeriums in der Arbeitslosenfrage und verlangt den Achstundentag für alle Hand- und Kopfarbeiter, für Bergarbeiter unter Tage und Arbeiter in gesundheitsgefährlichen Betrieben eine noch höhere Arbeitszeit. Der Redner verlangt, daß das Volk zur Entscheidung über den Achstundentag aufgerufen werde.

Abg. Koch (Düsseldorfer) warnt vor einer politischen-agitativen Behandlung der sozialen Angelegenheiten. Damit werde zur Abstellung der Not des Volkes nichts erreicht. Der Stand der Volkswirtschaft sei noch nicht erreicht. Die Zeit sozialpolitischer und wirtschaftspolitischer Experimente müsse endlich strich und liegen.

Abg. Stögerwald (Centr.) fordert Aufrechterhaltung der Sozialversicherungen und der Höhe der Erwerbslosenfürsorge. Der großen Notlage der Kurzarbeiter müsse endlich abgeholfen werden. Der Redner fordert eine Verbesserung der Lohnverhältnisse, sowie gleichberechtigte Vertretung der Arbeitnehmer in allen wirtschaftlichen Körperschaften, in dessen Untersuchungen.

Abg. Thiel (D. Sp.) hält eine Verdrängung der Arbeiter und Arbeitslosen für notwendig. Leider seien wieder Bestrebungen im Gange, diese notwendige Verdrängung zu unterbinden. Wenn die Regierung sich zeigt, daß auch ein rein bürgerliches Kabinett durchaus weiß, wann es an der Zeit ist, die sozialpolitischen Fragen zu lösen, so hat im richtigen Augenblick die Entscheidung gefunden. Maßnahmen abzustellen, die sozialpolitisch schädlich wirken.

Abg. Gieseler (Kom.) richtet scharfe Angriffe gegen die Regierung wegen der Rücktrittsverpflichtung und verlangt die ungeschwächte Aufrechterhaltung des Achstundentages. Als der Redner dem Abgeordneten Dittmann vorwirft, er habe „mit seinem großen Gehörhart eine großartige Rede gehalten“, rief Dittmann über sich selbst hinweg, daß der Inhalt der Rede

### Call aux über die Kriegsschuldfrage

Paris, 3. Febr. Callaux gibt jetzt im „Oeuvre“, an das Buch von Juret über den verstorbenen französischen Botschafter in Petersburg Georges Louis anknüpfend, eine kurze Darstellung der Vorkriegsperiode seit 1911. Die russische Regierung hatte im Jahre 1911 dem deutsch-französischen Abkommen in der Marokkofrage zugestimmt, gleichzeitig aber beim französischen Kabinett, dem Callaux präsidierete, angefragt, ob es Russland die Unterstützung gebe, daß es die Handelsfreiheit Russlands in der Meerengenfrage sowie in Nordchina anerkenne und Maßnahmen ergreife, die die russische Regierung unter Umständen zur Wahrung ihrer Interessen ergreifen möchte. Georges Louis antwortete, was die freie Durchfahrt durch die Dardanellen anlangte so sei er bereit, die Aktion Russlands anzuerkennen. Wegen der Wutrechtserhaltung des Status quo aber könne er keine Verpflichtungen übernehmen, ohne zu wissen, welche Interessen die kaiserliche Regierung zu sichern gedachte und auf welche Gebietsteile sich diese Unterstützung erstrecken soll. Callaux stellt fest, diese Mitteilung habe die Zustimmung seines Kabinetts erhalten. Die französische Regierung habe die einfache vorbehaltlose Zustimmung des russischen Verbündeten zu dem deutsch-französischen Abkommen von 1911 erwartet. Außenminister de Selves sei sehr überrascht gewesen, als er diese mit Vorbehalt gegebene Beistandserklärung der russischen Regierung erhalten habe und ihm seine Bedenken mitgeteilt. In diesem Augenblick sei Georges Louis nach Paris gekommen. Er habe ihn veranlaßt, in Paris das Amt des Generalsekretärs der auswärtigen Angelegenheiten zu übernehmen, für das er besonders begabt gewesen sei. Er sei mit ihm übereingekommen, daß Frankreich auf keinen Fall leistungsfähig in ein Balkanabenteuer verwickelt werden dürfe und auf dem Boden der „Kontinentalen Allianz“ (des Verteidigungsabkommens) bleiben müsse. Georges Louis sei beauftragt worden, in einer unabweisbaren Note der russischen Regierung die französische Auffassung auszubringen. Wegen der weiteren Ereignisse besteht sich Callaux auf die Aufzeichnungen Georges Louis, aus denen unabweisend hervorgeht, daß mit Poincaré eine festsitzende und tiefgehende Verbindung der Politik eingetreten sei. Seine (Callaux's) Politik sei keine persönliche Politik, sondern nur die Fortsetzung der nationalen, unsichtbaren Politik der großen Republikaner wie Jules Ferry gewesen. Mit dieser Politik habe man nach seinem Rücktritt gedächelt.

### Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag vom Senat angenommen.

Washington, 4. Febr. Die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten hat sich einstimmig für den Handelsvertrag mit Deutschland ausgesprochen vorbehaltlos, jedoch des Rechts der Vereinigten Staaten, nach Ablauf eines Jahres bei einer Kündigungfrist von 3 Monaten die Bestimmungen über Vorzugsrechte und Einfuhrzölle abzuändern.

### Die Pariser Wirtschaftsverhandlungen.

Trendelenburg wieder in Paris. — Eine Note der deutschen Delegation. Paris, 3. Febr. Staatssekretär v. Trendelenburg ist heute wieder in Paris eingetroffen, um nach den neuen in Berlin erhaltenen Instruktionen die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen fortzuführen. Am Nachmittag fand eine interne Sitzung der deutschen Delegation statt, in der eine den Franzosen zu überreichende Note ausgearbeitet wurde. Es ist eine ziemlich umfangreiche Schriftstück in deutscher Sprache, das erst am späten Abend, kurz nach 9 Uhr deutscher Zeit, im Handelsministerium überreicht wurde. Über den Inhalt des Schriftstückes wird kaum vor morgen etwas bekannt gegeben werden. Soviel kann jedoch schon jetzt gesagt werden, daß auf Grund dieses Entwurfs ein Kompromiß zur Herbeiführung eines Vertragsabchlusses gesucht werden wird.

Paris, 4. Febr. Die Uebersetzung der deutschen Note hat sich im letzten Augenblick noch verzögert. Staatssekretär Trendelenburg begnügt sich damit, dem Handelsminister Rainaldi davon schriftlich Kenntnis zu geben, daß die deutsche Antwort erst im Laufe des heutigen Vormittags überreicht werden wird.

### Die Reichsregierung zum Achstundentag.

Dem Reichstag ist eine Auslassung des Reichsarbeitsministers über die Stellung der Reichsregierung zum Washingtoner Abkommen über den Achstundentag zugegangen. Darin heißt es, daß die Reichsregierung die Ratifikation des Übereinkommens von Washington über den Achstundentag niemals rundweg abgelehnt habe. Die jetzige deutsche Gesetzgebung über die Arbeitszeit sei von der Reichsregierung stets als eine Notgesetzgebung betrachtet und gekennzeichnet worden, an der sie von vornherein nicht länger festhalten sollte, als es die ganz außerordentlich schwierige Lage Deutschlands erfordere. Unsere Verluste, Lasten und Bindungen infolge des Krieges seien so viel schwerer, als die aller anderen großen Staaten, unsere wirtschaftliche Zukunft sei so ungewiß, daß niemand von Deutschland ein Verlangen in der Frage der Ratifikation erwarten könne. Das gelte um so mehr, als der Inhalt des Übereinkommens und demnach auch das Maß der Bindung bisher in Gesetz und Praxis der einzelnen Länder eine sehr verschiedene Auffassung gefunden haben. Deutschland sei gern bereit, mit den übrigen in Betracht kommenden Staaten eine Verständigung über die Auslegung des Abkommens herbeizuführen und würde sich in diesem Falle zu einer Ratifikation des Washingtoner Übereinkommens bereit finden. Dabei müsse die Reichsregierung als selbstverständlich voraussetzen, daß zur Vergütung außerordentlicher Bemühung deutscher Lebensnotwendigkeiten der Artikel 14 des Washingtoner Abkommens Anwendung finde.

Wasser  
Auswahl  
Preiswert  
Gauger  
Anfahrt, Aue  
in Wettinplatz

essen  
Freiung,  
nicht angebun,  
stenlos.  
Buchs A 001,  
e 01.

möbl.  
ner  
er gesucht.  
A. T. 597  
gebil. erbet.

agen  
o. zu verk.  
er Tagebl.

ene  
Lüper  
ufen.  
r Tagebl.

ark  
ge 5.

Wir  
nten  
enke

red-  
mer.